Koalitionsvereinbarung und Arbeitsprogramm für die Wahlperiode 2016 bis 2021

SPD und FWG im Schwalm-Eder-Kreis

SPD und FWG verpflichten sich im Interesse des Schwalm-Eder-Kreises zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit über den gesamten Zeitraum der Wahlperiode auf Basis dieses Koalitionsvertrages. Diese äußert sich in einem einheitlichen Abstimmungsverhalten zur vereinbarten Politik.
Es findet jährlich eine gemeinsame Haushaltsklausur statt.
Die Koalition ist sich darüber einig, dass ein hauptamtlicher Kreisbeigeordneter (m/w) im SEK notwendig ist.

Die SPD erhält das Vorschlagsrecht für den 1.KB, die FWG wird diesen mitwählen.
Die FWG erhält einen dritten ehrenamtlichen KB.
Die FWG stellt den Vorsitz im Umwelt- und im Sozialausschuss.
Ein KB der FWG wird Klimaschutzbeauftragter des Kreisausschusses.
Der Landrat ernennt das FWG-Verwaltungsratsmitglied zum 1. Stellvertreter.
Die FWG erhält einen Sitz in der Regionalversammlung.

Finanzen

- SPD und FWG verpflichten sich zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung
- eine Erhöhung der Kreisumlage ist mit allen vertretbaren Mitteln zu verhindern
- die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen werden fortgeschrieben
- der Kommunale Finanzausgleich muss erneut überarbeitet werden, um eine faire Grundlage zu sein
- das Land muss die Kosten für Pflichtleistungen vollständig erstatten

Verwaltungsreform

- die Verwaltungsmodernisierung wird fortgesetzt, zur Erhöhung von Effektivität und Effizienz
- digitale Informations- und Kommunikationstechniken sollen eingesetzt werden

Kinder, Jugend und Familie

- Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche
- Ausbau von Ganztagseinrichtungen für alle Altersgruppen

Schule und Bildung

- Erhalt des gewachsenen wohnortnahen Schulangebots
- Schulen weiterhin gut ausstatten
- Ganztagsangebote ausbauen, soweit gewünscht
- Beibehaltung der kostenlosen Schülerbeförderung
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen
- Sicherung der Berufsschulstandorte Fritzlar, Homberg, Melsungen, Schwalmstadt
- Zusammenarbeit von gymnasialer und beruflicher Oberstufe

Eigenbetrieb

- Erhalt der Freizeiteinrichtungen Buchenhaus, Sylt, Dahme und Wildpark Knüll
- Führung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen
- Zusammenarbeit der nordhessischen Landkreise bei der Vermarktung

Gesundheit und Pflege

- flächendeckende und umfassende ärztliche Versorgung
- Krankenhäuser erhalten und stärken
- Übernahme der ärztlichen Versorgung durch kommunale Modelle da prüfen, wo eine Versorgung durch die kassenärztliche Vereinigung nicht sichergestellt ist
- flächendeckende Notfallversorgung muss sichergestellt sein
- Pflegestützpunkte des Landkreises ausbauen

Demographischer Wandel und ländlicher Raum

- Kommunen bei der Sicherung der Lebensqualität unterstützen
- programmatische und finanzielle Unterstützung von Modernisierungs-, Umbau- und Rückbauprozessen
- verbesserte Mobilitätslösungen
- Investitionen in Modellprojekte und Best-Practice-Beispiele

Umwelt- und Naturschutz

- Aufklärungsprogramme zur Energieeinsparung
- begonnene Schutz- und Pflegemaßnahmen für die Landschaft fortführen
- Energie- und Klimaschutzpolitik des Kreises fortsetzen
- Ablehnung von Fracking und Suedlink-Trasse
- Förderung von Investitionen in Speichertechnik und intelligente Netze
- Regionale Energieversorgung mit regionaler Wertschöpfung

Abfallwirtschaft

- Kooperation mit ALF fortsetzen
- kostengünstige Abfallgebühren
- bewährte Getrenntsammelsysteme erhalten
- Grünabfallkompostierung und –verwertung fortführen

Interkommunale Zusammenarbeit und Regionalplanung

- Gebietsübergreifende Projektlösungen sind sinnvoll
- bei Bedarf den Kommunen Hilfestellungen gewähren
- Regionalplanung auf der Ebene des Regierungspräsidiums unterstützen

Ehrenamt und Sport

- die Förderung ehrenamtlicher Initiativen ist unverzichtbar
- Feuerwehrausbildung und Nachwuchsgewinnung, auch für andere Hilfsorganisationen, haben eine große Bedeutung
- Sportförderung im Rahmen der Möglichkeiten des Landkreises
- Kostenlose Bereitstellung von Turn- und Sporthallen

Breitband

- Breitbandverfügbarkeit wird immer stärker Teil der Lebensqualität und Daseinsvorsorge
- Der Ausbau muss konsequent und zeitnah umgesetzt werden

Wirtschaft und Beschäftigungsförderung

- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der Kreisverwaltung
- Hilfe für junge Menschen ohne Ausbildungsplatz
- Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose
- Kleinere Losgrößen bei öffentlichen Ausschreibungen, um auch dem regionalen Mittelstand Chancen einzuräumen
- Aktive Wirtschaftsförderung durch Hilfe bei Ansiedlung und Genehmigungsverfahren
- Erhalt von Arbeitsplätzen durch Unterstützung bei der Unternehmensnachfolge

ÖPNV und Verkehr

- Mobilität ist wichtiger Faktor
- Voraussetzung ist ein gut ausgebautes Straßennetz
- Bedarfsorientiertes Angebot des ÖPNV auf Straße und Schiene
- Ausbau von Radwegen
- Evtl. vermehrter Einsatz von Bürgerbussen und anderen Alternativen
- Ausbau der A49 bis zum Anschluss an die A5.

Im Original unterzeichnet von

Dr. Edgar Franke und **Günter Rudolph** für die SPD und

Helmut Mutschler und **Willi Werner** für die FWG